

FAKTEN GEGEN RECHTE MYTHEN

*Wie man den
gängigsten
rechtsextremen
Argumenten
mit Fakten
widerspricht*



Inhalt

Über den Guide – 03

10 Fakten gegen Rechtsextremismus



Politik für Reiche – 08

Frauenrolle – 12

Geflüchtete – 16

Europäische Union – 20

Sicherheit – 24

Rechtsextremismus – 28

Klimawandel – 32

Inklusion – 36

Meinungsfreiheit – 40

Medienvielfalt – 44

Rechte Kommunikation – 48

Diskussionsgrundlagen – 50

Was kann ich sonst tun? – 58

Dankeschön – 60

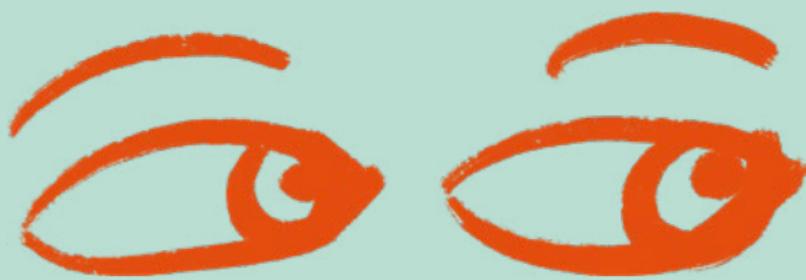
Quellenangaben – 62

Ein Projekt von two do studio mit Faktencheck vom Volksverpetzer

two do design
studio



VOLKSVERPETZER



Wie funktioniert dieser Guide?

*Dieses Projekt soll das Verständnis
zwischen Menschen unterschiedlicher
politischer Überzeugungen fördern.
Denn wir dürfen niemals aufhören,
miteinander zu reden.*

Politische Diskussionen scheinen aktuell oft festgefahren, verbissen und verhärtet. Während offensichtlich viele verschiedene Probleme die Menschen bewegen, wird es immer schwieriger, Kompromisse oder Lösungen zu finden. Eine gemeinsame Faktengrundlage ist nur noch selten vorhanden.

Der wichtigste Grund dafür: Rechtsextreme Mythen nehmen immer mehr Raum ein. Vor allem die rechtsextreme AfD verbreitet sie seit ihrem Einzug in die Parlamente systematisch. Die Mythen dienen nicht dem Ziel, die Probleme zu lösen, sondern sollen rechtsextremen Parteien mehr Macht verschaffen. Sie im Alltag zu widerlegen, ist nicht einfach, was faktenbasierte und respektvolle Diskussionen erschwert. Hier setzt diese Broschüre an.

Wir haben 10 häufige Themen gesammelt, bei denen rechtsextreme Mythen und Scheinargumente eine große Rolle spielen. Diese Broschüre soll dich dagegen wappnen.

Jedes Thema wird auf 4 Seiten behandelt:

1. Seite

Faktenbasierte Kernaussage als Grundlage für die Diskussionen

2. Seite

Konkrete Argumente und Quellen

3. Seite

Belege zu tatsächlichen desinformativen Aussagen der AfD zum jeweiligen Thema

4. Seite

Zusammenfassung

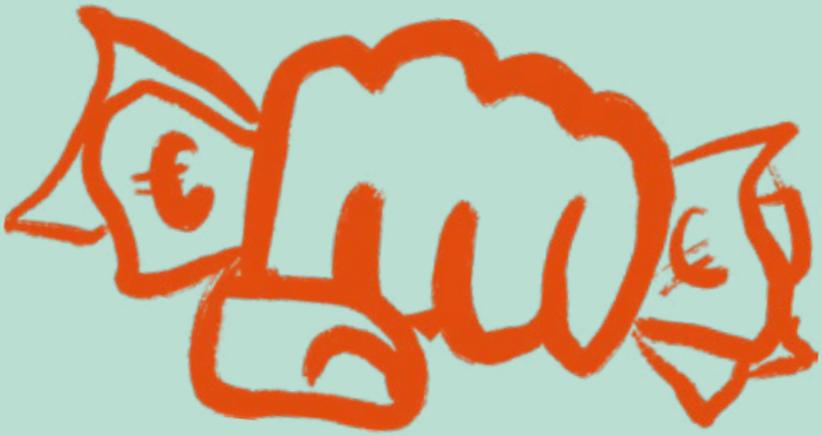
10 FAK GEGEN

!
M

TEN



RECHTE MYTHEN



Rechtsextreme machen Politik für Reiche

Bei der vergangenen Bundestagswahl machten sich AfD-Wähler:innen mit Abstand die meisten Sorgen, dass sie ihren Lebensstandard nicht halten könnten.¹ Auch von vielen Arbeitslosen wird die Partei gewählt.² Gleichzeitig arbeitet die Partei gegen die finanziellen Interessen der Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen.

Von der Mindestloohnerhöhung im Oktober 2022 profitierten weit über 6 Mio. Beschäftigte, überdurchschnittlich stark auch in Ostdeutschland.³ Gewerkschaften kritisieren, dass der Mindestlohn deutlich stärker steigen müsste,⁴ die AfD möchte die Löhne lieber niedrig halten.⁵

Die AfD plant eine Steuer- und Familienpolitik, die vor allem Personen und Familien mit Einkommen von über 300.000€ im Jahr noch mehr Geld schenkt, während z.B. Familien mit Jahreseinkommen bis 40.000€ keine Vorteile erhalten.⁶

Die AfD kämpft dagegen, Reiche stärker zu besteuern.⁷

Die Corona-Pandemie traf Selbstständige besonders hart, Lücken beim Sozialschutz für Selbstständige wurden deutlich.⁸ Die AfD stimmte allerdings 2019 sogar gegen einen besseren Sozialschutz für Selbstständige und atypisch Beschäftigte.⁹

Die Einführung des Bürgergelds und damit im Vergleich zu Hartz IV die Aufstockung der Sozialleistungen und Lockerung der Sanktionen geht aus Sicht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes nicht weit genug, um alle Menschen effektiv vor Armut zu schützen.¹⁰ Die AfD fordert dennoch härtere Sanktionen gegen die Ärmsten in Deutschland.¹¹

Aber was behauptet die AfD?



Die AfD stellte bereits Anträge zur Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer.¹² Damit würden Reiche am stärksten entlastet.

»Die AfD will die derzeit zur Erhebung ausgesetzte Vermögensteuer und die Erbschaftsteuer abschaffen.« (AfD-Grundsatzprogramm, S. 75)

»Die AfD fordert [...] die Abschaffung der Erbschaftsteuer.« (AfD-Bundestagswahlprogramm 2021, S. 36)

Die AfD ist gegen den Solidaritätszuschlag für Spitzenverdiener:innen.⁷ (Der Solidaritätszuschlag ist eine Abgabe zusätzlich zur Einkommen- und Körperschaftssteuer. Seit 2021 müssen ihn nur noch die ~10% Spitzenverdiener:innen zahlen.¹³ Die AfD möchte diesen oberen 10% also ein Steuergeschenk machen.)

»Unser Vorschlag sieht [...] die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlages vor« (Kay Gottschalk, stellvertretender Bundessprecher der AfD, 2024 über den Solidaritätszuschlag für die oberen 10%)¹⁴

»Die AfD will die Bundesagentur für Arbeit auflösen.« (AfD-Grundsatzprogramm der AfD, S. 36)

2020 stimmte die AfD gegen das Arbeitsschutzkontrollgesetz.¹⁵ Dieses sorgt vor allem in der Fleischindustrie für besseren Schutz vor Ausbeutung der Arbeitnehmer:innen.

Schaut man sich die Programme der AfD an und beobachtet man ihr Abstimmungsverhalten, wird schnell deutlich, dass die Partei im finanziellen und steuerlichen Bereich vor allem den Leuten zuarbeitet, die ohnehin schon mehr als genug Vermögen besitzen. Arbeitslosen, Menschen mit geringen Löhnen aber auch der breiten Masse der arbeitenden Bevölkerung und Selbstständigen will die AfD dagegen eher schaden.

Wissenschaftler:innen haben festgestellt, dass das Programm der AfD zu einer Umverteilung von unten nach oben führt.⁷ Das heißt konkret: Die AfD lehnt Vorstöße zur Verbesserung der Situation der arbeitenden Bevölkerung ab, wie zum Beispiel den besseren Sozialschutz für Selbstständige⁹ oder das Arbeitsschutzkontrollgesetz.¹⁶ Sie sträubt sich gegen höhere Löhne^{5,16} und fordert die Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer,¹² die hauptsächlich Reiche entlasten würde. Obwohl diese Steuern alle zahlen müssen, gibt es Freibeträge und Ausnahmen für selbstgenutzte Wohnungen/Häuser, sodass Menschen mit kleineren und mittleren Vermögen in der Regel nicht betroffen sind.¹⁷ Eine Abschaffung dieser Steuern würde daher vor allem Wohlhabenden zugutekommen.

Es ist absurd, dass die AfD sich als Partei des »einfachen Volkes« darstellt, obwohl sie finanziell und steuerlich nur der Elite hilft. Dieses falsche Narrativ verfängt jedoch bei Vielen. Daher ist es wichtig, über die unsoziale Politik der AfD aufzuklären, die den Großteil der Bevölkerung benachteiligt.



**Rechtsextreme
wollen Frauen
an den Herd
zwingen**

Frauen arbeiten heute ähnlich viele Stunden wie Männer,¹ leisten aber pro Woche im Schnitt 9 Stunden mehr unbezahlte Sorgearbeit (Haushalt, Kinderbetreuung, Pflege, Gartenarbeit). Diese zusätzliche Arbeitsbelastung führt dazu, dass Frauen weniger Zeit haben, um eigenes Geld zu verdienen.²

Der Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten fördert die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen am Arbeitsleben.³ Die AfD kritisiert jedoch das »Leitbild der voll erwerbstätigen Frau« und die Kita-Betreuung kleiner Kinder.

In Deutschland sind Abtreibungen generell verboten, jedoch unter bestimmten Voraussetzungen (z.B. Pflichtberatungen) straffrei. Expert:innen sehen das Abtreibungsverbot als Eingriff in das Recht auf Gesundheit, moralische Autonomie und Entscheidungsfreiheit.⁴ Abtreibungsverbote führen immer wieder zu vermeidbaren Todesfällen von Schwangeren.⁵ In Frankreich ist das Recht auf Abtreibung daher in der Verfassung verankert,⁶ auch das Europaparlament hat mehrheitlich dafür gestimmt.⁷ Die AfD besteht dennoch auf strikten Gesetzen.

2023 wurden in Deutschland 155 Frauen von ihren Partnern getötet.⁸ Weltweit sind die Zahlen schwer zu erfassen, laut UN werden über 100 Frauen pro Tag von Familienmitgliedern oder Intimpartnern getötet.⁹

Rund 80% der Alleinerziehenden in Deutschland sind Frauen.¹⁰ Die AfD möchte Organisationen, die Alleinerziehende unterstützen, die Finanzierung entziehen.¹¹

Aber was behauptet die AfD?



Im EU-Parlament stimmte keine:r der AfD-Abgeordneten für die EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, fast alle anderen anwesenden deutschen Abgeordneten stimmten dafür.¹²

Im EU-Parlament stimmten die AfD-Abgeordneten geschlossen dagegen, das Recht auf Abtreibung zu den Grundrechten hinzuzufügen.¹³

In ihrem Grundsatzprogramm spricht sich die AfD klar dafür aus, bei der Frage nach dem privaten Lebensentwurf Druck auf die Menschen auszuüben: »Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur traditionellen Familie als Leitbild.« (AfD-Grundsatzprogramm, S. 41)

»Wir fordern daher, dass bei der Schwangerenkonfliktberatung das vorrangige Ziel der Beratung der Schutz des ungeborenen Lebens [und damit nicht der Mutter] ist.« (AfD-Grundsatzprogramm, S. 44)

»Die AfD wendet sich gegen alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren, staatlicherseits zu fördern oder sie gar zu einem Menschenrecht zu erklären.« (AfD-Grundsatzprogramm, S. 44)

»Sie [die AfD] ist jedoch gegen jede finanzielle Unterstützung von Organisationen, die »Ein-elternfamilien« [= Alleinerziehende] als normalen, fortschrittlichen oder gar erstrebenswerten Lebensentwurf propagieren.«¹¹

Die AfD macht offen Politik gegen rund die Hälfte der Menschen - nämlich gegen Frauen. Hinter dem Feigenblatt der »Unterstützung für Familien« arbeitet die Partei auf eine Politik hin, die Frauen in die Rolle der Mutter drängt und sie aus Politik und Arbeitswelt entfernt - unabhängig von ihren Wünschen.

Dies zeigt sich durch ihr Bekenntnis zur »traditionellen Familie« und den Kampf gegen Alleinerziehende sowie durch die Bremse beim Ausbau der Kinderbetreuung. Natürlich schreibt die Partei nirgendwo, dass sie Menschen vorschreiben will, wie sie zu leben haben. Doch ihre politischen Forderungen führen in letzter Konsequenz dazu, dass Frauen in die Rolle gepresst werden sollen, die der AfD am liebsten ist - nämlich der Hausfrau und Mutter, die ansonsten nicht viel zu melden hat.

Noch erschreckender ist, dass die AfD auch ganz konkret vor allem die Frauen, die eh schon in schwierigen Situationen stecken, weiter einschränken möchte. Im EU-Parlament stimmte die Partei gegen Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Diese Abstimmung war ein Schlag ins Gesicht aller Frauen, die von Gewalt betroffen waren und sind. Und schließlich zeigt die AfD auch ganz offen, dass sie Kontrolle über die Körper der Frauen ausüben möchte, indem sie fordert, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch noch weiter zu beschneiden. Der implizite Vorwurf, Feministinnen würden Abtreibungen »bagatelisieren« zeigt, dass die Partei keinerlei Skrupel hat, die Selbstbestimmung von Frauen beliebig einzuschränken.

Schutz- suchende können das Sozialsystem stützen



Schutzsuchende Männer, die bereits acht Jahre in Deutschland leben, arbeiten derzeit zu 86 %, was überdurchschnittlich ist.¹

90 Prozent aller arbeitenden Geflüchteten gingen 2022 einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach - und zahlen damit in die Sozialkassen ein.¹

Schnellere Asylverfahren & kürzere Arbeitsverbotsphasen führen dazu, dass Schutzsuchende mehr arbeiten und schneller in die Sozialkassen einzahlen.¹

Die Quote an Unternehmensgründungen von Menschen mit Migrationshintergrund ist doppelt so hoch wie die von Menschen ohne Migrationshintergrund.²

Migration hat die Rentenkasse stabilisiert: Die Bevölkerung wird jünger, ist immer besser gebildet und wächst dank Zuwanderung.³

Geflüchtete sind in Deutschland immer häufiger erwerbstätig - auch als Fachkräfte.⁴

Zuwanderung bremst den demographischen Wandel.⁵

Aber was behauptet die AfD?



Die AfD spricht entgegen der Realität in ihrem Grundsatzprogramm von »Einwanderung in die Sozialsysteme« - Sie behauptet fälschlicherweise, Menschen, die zu uns fliehen, wären immer arbeitslos und bezögen Sozialleistungen.

(AfD-Grundsatzprogramm S. 58, S. 62, S. 63)

»Der überwiegende Teil dieser Migranten [AfD meint damit Schutzsuchende nach 2014] wird im Bildungssystem scheitern, keine qualifizierten Tätigkeiten übernehmen können und dauerhaft auf staatliche Transferleistungen angewiesen sein.« - »Sozialkonzept« der AfD.⁶

»Während unsere Rentner Pfandflaschen sammeln müssen, werden Asylbewerber für 850€ im Monat verköstigt!« - Jonas Dünzel, Kreisvorsitzender des AfD-Kreisverbandes Zwickau (Die Zahlen sind so natürlich falsch.⁷)

Die AfD spielt arme Menschen gegen Geflüchtete aus: Während sie Altersarmut beklagt, fordert sie keine Erhöhung der Rente. Tatsächlich forderte die AfD im Jahr 2017 sogar, ein festes Renteneintrittsalter abzuschaffen⁸ - womit, wie Kritiker bemängelten, viele Menschen erst recht um ihre Rente gebracht werden würden.⁹ Damit könnte dieser Vorschlag dafür sorgen, dass Menschen vor ein hartes Dilemma gestellt werden: Entweder bis ins hohe Alter weiterarbeiten oder Altersarmut akzeptieren.

Schutzsuchenden die Hilfen zu kürzen führt eben nicht dazu, dass irgendjemand auch nur einen Euro mehr Rente erhält. Natürlich unterscheidet sich Flucht von Arbeitsmigration qualifizierter Fachkräfte, aber das könnte man erleichtern, wenn man mehr Aus- und Fortbildungsangebote anbietet und den Zugang zum Arbeitsmarkt verbessert. Deutschland braucht laut Experten Migration, um den Arbeitsmarkt und die Renten zu stabilisieren. Etwaige Defizite in der Bildung bei Zugewanderten sind schon in der zweiten Generation kaum noch feststellbar.¹⁰ Fazit: Schnellere und einfachere Integration kann die Sozialkassen stabilisieren. Härtere Asyl- und Abschiebepolitik schafft nur neue Probleme, ohne die Ursachen zu lösen. Im Schnitt entlasten nämlich Nicht-Deutsche den Sozialstaat.¹¹

Ein EU-Austritt könnte Millionen Arbeitsplätze zerstören



Ein EU-Austritt von Deutschland, vergleichbar mit dem Brexit, könnte allein in den ersten 5 Jahren rund 2,5 Millionen Arbeitsplätze kosten und der Wirtschaft so sehr schaden, wie die Coronakrise und die Energiepreiskrise nach dem russischen Angriffskrieg zusammen.¹

Die Wirtschaft in Deutschland ist stark abhängig von Exporten.² Weltweit exportieren nur die USA und China mehr als Deutschland.³

Mehr als 54% dieser Exporte gingen im Jahr 2023 in andere EU-Staaten.⁴

Diese Exporte würden bei einem EU-Austritt schwieriger werden, da die Zollfreiheit der EU wegfällt.⁵

Der europäische Binnenmarkt steigert den deutschen Wohlstand jedes Jahr um mehr als 1.000€ pro Person.⁶

Würde Deutschland aus dem Euro austreten und die D-Mark wieder einführen, würde diese massiv gegenüber anderen Währungen aufwerten. Damit würden deutsche Exporte teurer, Deutschland könnte weniger exportieren und für Unternehmen wird es attraktiver, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlegen.⁷

In einer Befragung des Instituts der deutschen Wirtschaft sahen deutsche Unternehmen die größte von der AfD ausgehende Bedrohung in deren ablehnender Haltung zu EU und Euro.⁸

Aber was behauptet die AfD?



*Der Brexit ist ein »Modell für Deutschland«
(AfD-Parteichefin Alice Weidel 2024)⁹*

*»Sollten sich unsere grundlegenden Reformansätze im bestehenden System der EU nicht verwirklichen lassen, streben wir einen Austritt Deutschlands oder eine demokratische Auflösung der Europäischen Union (...) an.«
(AfD-Grundsatzprogramm, S. 16)*

»Da die EU nicht im Sinne der AfD reformierbar ist, treten wir für die Neugründung einer europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft ein.« (AfD-Europawahlprogramm 2024, S. 10)

*»Wiedereinführung nationaler Währungen«
(AfD-Europawahlprogramm 2024, S. 19)*

»Wir fordern, das Experiment EURO geordnet zu beenden.« (AfD-Grundsatzprogramm, S. 18)

*»Ein Austritt Deutschlands aus der Währungsunion ist aus nationalem und auch europäischem Interesse zwingend erforderlich.«
(AfD-Grundsatzprogramm, S. 20)*

In Bezug auf die Europäische Union und den Euro hat die AfD keine konstruktiven Vorschläge zur Reform. Stattdessen fordert die Partei radikale Veränderungen, die dem Exportland Deutschland wirtschaftlich enorm schaden und Millionen Arbeitsplätze kosten würden. Außerdem scheint die Partei auch nicht kompromissbereit zu sein: Falls sie ihre Vorhaben nicht umsetzen kann, droht sie mit einem Austritt Deutschlands oder gar einer Auflösung der Europäischen Union.

Das Thema Europa steht eher selten kritisch im Fokus, wenn über die AfD berichtet wird. Man darf dabei allerdings nicht vergessen, dass selbst in der deutschen Wirtschaft und in den Unternehmen die AfD gerade wegen ihrer Europapolitik als große Gefahr wahrgenommen wird - und das, obwohl die AfD mit ihrer arbeitnehmerfeindlichen Politik grundsätzlich Politik für Konzerne und Superreiche macht.

Wir haben bei unseren Argumenten großen Fokus auf wirtschaftliche Probleme gelegt, die die AfD uns mit ihrer Europapolitik beschert. Noch darüber hinaus würde ein EU-Austritt selbstverständlich auch ERASMUS-Austauschprogramme oder Urlaubsreisen stark beeinträchtigen. Die sozialen und gesellschaftlichen Folgen des nationalen Alleingangs sind also kaum zu ermessen, ganz abgesehen davon, dass auf diplomatischer Ebene die Stimme der einzelnen europäischen Staaten weltweit weniger gehört werden als die einer EU mit einheitlicher Außen- und Sicherheitspolitik.

**Deutschland
erlebt eine der
sichersten
Phasen seiner
Geschichte**



Zwischen 2017 und 2022 war die Kriminalität sechs Jahre in Folge auf historisch niedrigem Niveau.¹

Die Zahl ausländischer Tatverdächtiger von Gewaltverbrechen ist 2023 im Verhältnis zu 2019 relativ sogar leicht zurückgegangen.²

Die Gesamtzahl der Straftaten ist auch 2023 nicht auf ein ungewöhnliches Niveau gestiegen und liegt immer noch unter dem Wert von 2009.³

Aber was behauptet die AfD?



»Die Zahlen zeigen deutlich, dass wir in Deutschland ein riesengroßes Problem mit eingewanderten Kriminellen haben.«

Stephan Brandner, AfD-Abgeordneter⁴

»von der CDU geschaffenen Kontrollverlust 2015«
Alice Weidel, AfD-Vorsitzende⁵

»Wir haben eine Krise der inneren Sicherheit.«
Alice Weidel, AfD-Vorsitzende⁵

Wusstest du, dass Deutsche in Österreich überdurchschnittlich kriminell sind?⁶ In manchen Bundesländern führen Deutsche die Liste der tatverdächtigen⁷ Nationalitäten an. 2023 wurden 14.727 Deutsche in Österreich tatverdächtig,⁸ dabei leben 232.786 Deutsche dort. Damit sind Deutsche im österreichischen Vergleich weit überdurchschnittlich tatverdächtig. Sind Deutsche nicht integrierbar? Eine Bedrohung für den sozialen Frieden? Liegt es an der Kultur, Religion oder den Vornamen?

Es ist klar, dass das Blödsinn ist und die Staatsangehörigkeit nichts damit zu tun hat. Und auch, dass das eine manipulative Rechnung ist: Denn Deutsche können auch in Österreich Straftaten verüben, ohne dort zu wohnen. Kein Wunder, dass sie so »überproportional kriminell« erscheinen. Wenn man Vorurteile gegen Deutsche schüren wollte, könnte man diesen Trick anwenden, um den Menschen einzureden, es gäbe einen Zusammenhang zwischen Kriminalität und Herkunft.

Deutschland erlebt nach zwei großen Fluchtbewegungen eine überdurchschnittlich sichere Periode und ist eines der sichersten Länder der Welt. Der Anteil nicht-deutscher Straftäter nimmt statistisch zu, weil mehr Nichtdeutsche im Land leben und dank EU-Regelungen Menschen freier reisen können.

Wovon AfD & Co. damit ablenken wollen: Die Zahl rechtsextremer Straftaten, vor allem Gewalttaten, nimmt weiterhin zu.⁹ Und die Zahl der verurteilten Gewalttäter in deutschen Parlamenten nimmt auch zu - wegen der AfD.¹⁰



**Rechtsextreme
lenken mit
Muslimhass
von der größten
Bedrohung ab:
Rechtsextre-
mismus**

»Die mit Abstand höchsten Zahlen von Straftaten insgesamt, von Gewalttaten und Gewaltopfern gibt es durch politisch rechts motivierte Taten« – BKA¹

Die mit Abstand meisten antisemitischen Straftaten wurden auch 2023 von Rechten begangen.²

Seit 1984 gab es jedes Jahr mindestens ein rechts-extremes Tötungsdelikt, in 13 Jahren waren die Opferzahlen zweistellig. Seit 1990 gab es mindestens 113 rechte Tötungsdelikte, andere Statistiken sprechen sogar von 219.³

Mehr als 8 Prozent der Menschen in Deutschland haben ein geschlossen rechtsextremes Weltbild, 6,6 % befürworten gar eine rechte Diktatur.⁴

In ganz Deutschland gibt es insgesamt 6,4-6,7 % Muslime.⁵ In Deutschland gibt es damit mehr Menschen, die sich eine rechtsgerichtete Diktatur wünschen, als es überhaupt Muslime gibt.

Aber was behauptet die AfD?



Die AfD rief zu einem Protest gegen den Bau einer Moschee in Erfurt auf, dem auch Neonazis folgten.⁶

»Viele Forderungen der AfD widersprechen den Menschenrechten und dem Grundgesetz, das die Religionsfreiheit garantiert« - Daniel Legutke mit Blick auf das Parteiprogramm der AfD. Die Partei markiere den Islam als »fremde Religion«, so Legutke. »Würden die Forderungen umgesetzt, würde das die Diskriminierung von Muslimen gesetzlich festschreiben«, mahnte der Referent für Menschenrechte bei der »Deutschen Kommission Justitia et Pax«, einem Beratungsgremium der katholischen Kirche in Deutschland.⁷

AfD-Spitzenkandidat Maximilian Krah lobte die Taliban dafür, den Pride Month abgeschaffen zu haben.⁸

Niemand bedroht die Freiheit und den Wohlstand mehr als Rechtsextreme, niemand begeht mehr Straftaten und verübt mehr Gewalt. Davon versuchen sie abzulenken, in dem sie Hass gegen friedliche und gesetzestreue Muslime schüren. Nicht nur ist der Rechtsextremismus viel gewalttätiger, weiter verbreitet und viel gefährlicher, Rechtsextreme versuchen Islamismus und Muslime auf eine Stufe zu stellen. Das wäre so, als würde jemand mit Verweis auf rechtsextreme Terroranschläge alle Christen in Deutschland verantwortlich machen - oder gleich alle Deutschen.

Das Islamisierungspotenzial in Deutschland lag 2023 insgesamt bei 27.000⁹ und macht dabei konservativ gerechnet 0,5 % aller in Deutschland lebender Muslime aus. Muslime sprechen sich ähnlich deutlich für die Demokratie aus wie Christen - mehr als Konfessionslose.¹⁰

Rechtsextreme lenken erfolgreich durch Propaganda von der Gefahr ab, die von ihnen selbst ausgeht, in dem sie Rassismus und Ängste gegen friedliche Mitbürger:innen schüren. Gleichzeitig gibt es in den letzten Jahren vermehrt Anzeichen, dass Rechtsextreme mit Islamisten gemeinsame Sache gegen die Demokratie machen.¹¹ Kein Wunder, wenn ein AfD-Spitzenkandidat da auch mal die Taliban lobt.



**Rechtsextreme
leugnen, dass
die menschen-
gemachte Klima-
krise eindeutig
bewiesen ist**

Zwischen Juli 2023 und Juli 2024 war jeder Monat der jeweils heißeste Monat seit Beginn der Aufzeichnungen.¹

Klimawandel macht Katastrophen wahrscheinlicher^{2,3} und ist ein Faktor, der Migrationsbewegungen wahrscheinlicher macht.^{4,5}

Der Klimawandel wird Deutschland durch Ernteaussfälle und Gebäudeschäden bis 2050 900 Milliarden Euro kosten.⁶

Konsens darüber, dass es den menschengemachten Klimawandel gibt, herrscht seit den 1990ern,⁷ seit 2007 bezweifelt kein nationales Gremium mehr dessen Existenz,⁸ eine Studie aus dem Jahr 2021 zeigt, dass über 99% aller Expert:innen sich einig darüber sind.⁹

Aktuelle Studien zeigen, dass Klimaforscherende die letzten Jahre keinen Alarmismus betrieben haben, sondern die Folgen der Klimakrise sogar noch unterschätzt haben.^{10,11}

Aber was behauptet die AfD?



»Die Behauptung einer Bedrohung durch den menschengemachten Klimawandel basiert nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen.«

(AfD-Europawahlprogramm, S. 40)

»Die jetzigen klimatischen Veränderungen ordnen sich vollkommen normal – auch in ihrer Geschwindigkeit – in diese Wechsel ein.«

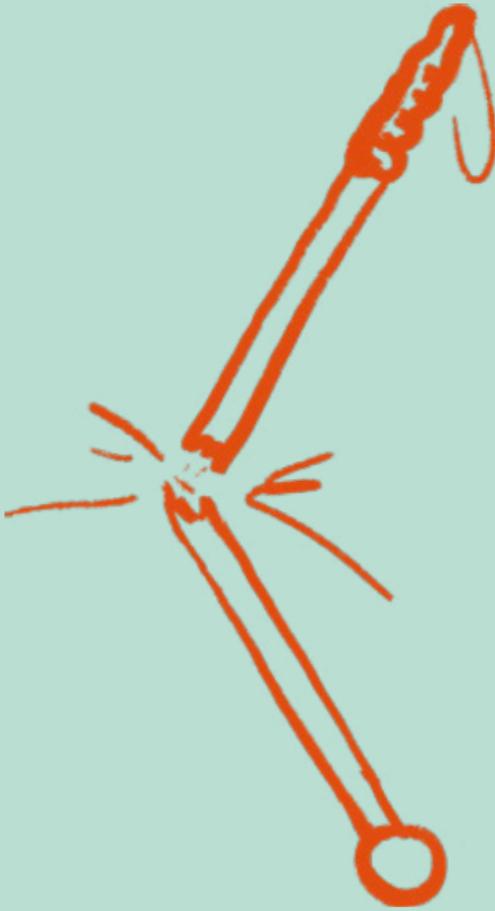
(AfD-Europawahlprogramm, S. 39)

»Abschaffung aller Klimaschutzgesetze auf nationaler und europäischer Ebene.«

(AfD-Europawahlprogramm, S. 42)

Rechtsextreme in der AfD leugnen anerkannte wissenschaftliche Ergebnisse und verbreiten stattdessen krude Verschwörungsmythen. Die Partei lügt, dass Klimaprognosen wenig Aussagekraft hätten und es keine wissenschaftlichen Beweise dafür gäbe, dass menschliche CO₂-Emissionen das Weltklima wesentlich beeinflussen. Sie fordern die sofortige Beendigung jeglicher internationaler Klimaschutzabkommen und die Abschaffung aller Klimaschutzgesetze.

Tatsächlich haben unabhängige Forschungsgruppen auf der ganzen Welt über Jahrzehnte hinweg computergestützte Klimamodelle entwickelt. Diese erzielten eine Übereinstimmung von über 99%. Die Modelle wurden durch den Vergleich mit realen Messwerten aus der Vergangenheit validiert und konnten so das vergangene Klima sehr genau vorhersagen. Diese Modelle zeigen auch, dass menschliche Aktivitäten das Klima maßgeblich beeinflussen. Studien haben gezeigt, dass der menschengemachte Klimawandel Extremwetterereignisse wie die Überflutungen im Ahrtal oder um Weihnachten 2023 häufiger und intensiver macht. Wenn es nach Rechtsextremen ginge, würden wir ungeahntem menschlichen Leid und nie dagewesenen wirtschaftlichen Schäden völlig naiv und unvorbereitet entgegen sehen.



**Menschen
mit Behinde-
rung sind durch
rechtsextreme
Gewalt beson-
ders gefährdet**

Die Ermordung von Menschen mit Behinderungen in Form des sogenannten »Euthanasieprogramms« war ein zentraler Teil der Ideologie des Nationalsozialismus.¹ Die Nazis ermordeten rund 200.000 Menschen mit Behinderungen.²

Auch 2024 noch griffen Rechtsextreme eine Wohneinheit für Menschen mit Behinderungen in Mönchengladbach an.³

Frauen mit Behinderung sind sogar noch häufiger sexualisierter Gewalt ausgesetzt als Frauen im Bevölkerungsdurchschnitt.⁴

Behindertengerechte Politik hilft nicht nur Menschen mit Behinderung. Der »Curb-Cut-Effekt« beschreibt, wie durch die Beseitigung von Benachteiligungen oder Ausschlüssen, die eine Gruppe von Menschen erfährt, ein Umfeld geschaffen wird, das es allen ermöglicht, sich zu beteiligen und ihren vollen Beitrag zu leisten. Beispielsweise helfen abgesenkte Bordsteine nicht nur Menschen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, sondern auch Fahrradfahrer:innen, Fußgänger:innen oder Menschen mit Kinderwagen. Auch von Untertiteln für Filme oder Text-to-Speech-Funktionen können Menschen ohne Behinderung ebenfalls profitieren.⁵

Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung kam zu dem Ergebnis: Auch wenn die Entwicklungen bei der Inklusion an deutschen Schulen zuletzt fast stagnierten, konnten inklusive Schulen im Vergleich zu Förderschulen für deutlich bessere Lernfortschritte sorgen.⁶

Aber was behauptet die AfD?



»Die ideologisch motivierte Inklusion ›um jeden Preis‹ verursacht erhebliche Kosten und hemmt behinderte wie nicht behinderte Schüler in ihrem Lernerfolg« (AfD-Grundsatzprogramm, S. 54)

Die AfD lehnt »sogenannte ›Antidiskriminierungsgesetze‹ ab« (AfD-Bundestagswahlprogramm 2021, S. 23)

Die AfD stellte im Bundestag bereits kleine Anfragen, die ein besonderes Gefährdungspotential durch psychisch Kranke implizierten⁷ und fragten gezielt nach Menschen mit Behinderung, »die durch Heirat innerhalb der Familie entstanden«.⁸ Beide Anfragen verfolgten vor allem das Ziel der Stigmatisierung.

»Projekte wie Inklusion (...) bringen unsere Kinder nicht weiter.« Björn Höcke, Thüringer AfD-Landesvorsitzender⁹

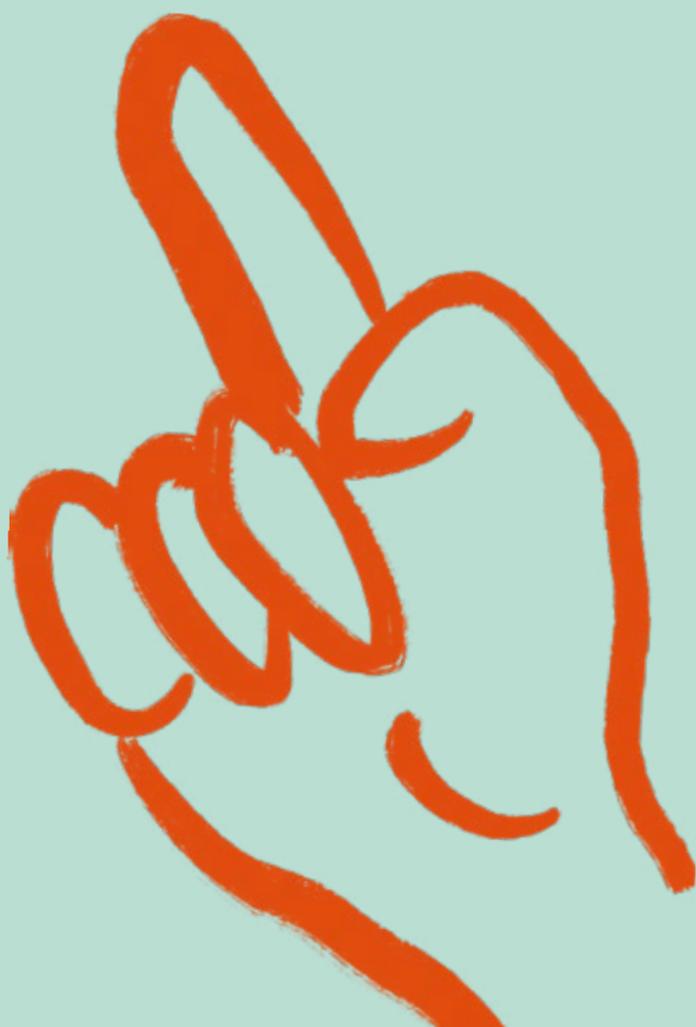
»Alles das sind Projekte, die unsere Schüler nicht weiterbringen, die unsere Kinder nicht leistungsfähiger machen und die nicht dazu führen, dass wir aus unseren Kindern und Jugendlichen die Fachkräfte der Zukunft machen.« Björn Höcke, Thüringer AfD-Landesvorsitzender¹⁰

Die massenhafte Ermordung von Menschen mit Behinderungen im Zuge des beschönigend als »Euthanasie« bezeichneten Programms war ein grausames Verbrechen des nationalsozialistischen Staats. Die UN-Behindertenrechtskonvention,¹¹ der auch Deutschland beigetreten ist, soll solche staatlichen Gewaltexzesse gegen Menschen mit Behinderungen verhindern. Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen gibt es in Deutschland allerdings weiterhin, vor allem, aber nicht nur durch Rechtsextreme.

Gleichzeitig macht die Inklusion in Deutschland Fortschritte. Schüler:innen erzielen an inklusiven Schulen größere Lernerfolge als an Förderschulen, die Aufmerksamkeit in der Bevölkerung für die Einschränkungen, die Menschen mit Behinderungen im Alltag erleben, steigt. Außerdem werden in Infrastruktur, Politik, Medien und Bau verstärkt die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen berücksichtigt. Dennoch kritisieren Betroffene wie auch Wissenschaftler:innen, dass sich die Inklusion weiterhin zu langsam entwickelt.

Rechtsextreme wollen die Inklusion so weit wie möglich einschränken. Schüler:innen mit Behinderung sollen verstärkt getrennt unterrichtet werden. Unter dem Vorwand der »individuellen Freiheit« sollen Gesetze gegen Diskriminierung abgeschafft oder gar nicht erst erlassen werden. Dadurch wird die Freiheit einiger auf Kosten der Freiheit vieler erkaufte. Angesichts der deutschen Geschichte und der Nähe der AfD zum Rechtsextremismus ist das eine Entwicklung, die viele Menschen, insbesondere Menschen mit Behinderung, beunruhigt.

Die extreme Rechte bedroht die Meinungs- freiheit



2022 erreichte die Anzahl der Angriffe auf Journalist:innen in Deutschland laut der NGO »Reporter ohne Grenzen« ein Rekordhoch von 103. 84% davon fanden im verschwörungsideologischen, antisemitischen oder rechten Kontext statt.¹ Auch 2023 fielen 18 von 41 Angriffen auf die rechte und verschwörungsideologische Szene.²

Eine Studie in Sachsen kam zu dem Ergebnis, dass vor allem Lokaljournalist:innen in Regionen, in denen Rechtsextreme Einfluss haben, sich immer seltener trauen, kritisch zu berichten.³

Die AfD selbst versucht regelmäßig, kritische Berichterstattung zu unterdrücken. Beispielsweise wurde einem Team von »Monitor« der Zutritt zum Landesparteitag der thüringischen AfD erst durch eine Gerichtsentscheidung erlaubt, die Partei wollte die Berichterstattung unterbinden.⁴

Aber was behauptet die AfD?



2021 war die AfD die einzige Partei im Bundestag, die Gewalt gegen Journalist:innen NICHT verurteilte.⁵

Schon 2018 beschloss die Partei, dass nur sie selbst entscheiden will, wer von ihren Parteitagern berichten darf.⁶

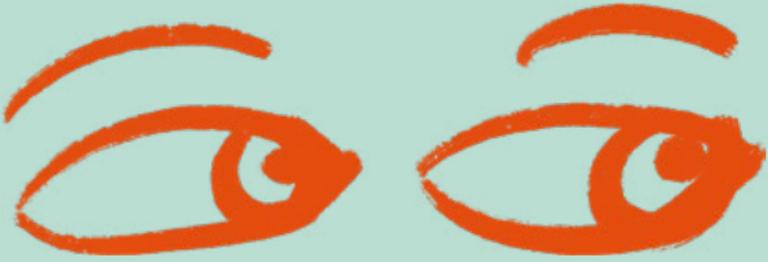
2016 schloss die AfD NRW die Presse komplett von ihrem Parteitag aus,⁷ 2017 verbannte die sächsische AfD einen kritischen Reporter von ihrem Parteitag,⁸ 2024 schloss die AfD Bayern einen Journalisten, der Bürgerkriegsphantasien in AfD-Chats aufdeckte, von ihren Veranstaltungen aus.⁹

Nach den Enthüllungen von correctiv zum Geheimtreffen in Berlin setzte die AfD beteiligte Journalist:innen unter Druck und stellte sie digital an den Pranger.¹⁰

NGOs wie »Reporter ohne Grenzen« kamen in den letzten Jahren immer wieder zu dem Schluss, dass es in Deutschland grundsätzlich zwar gut um die Meinungsfreiheit bestellt ist, allerdings eine zunehmende Bedrohung aus dem rechtsextremistischen und verschwörungsideologischen Umfeld besteht.

Ironischerweise ist es dennoch die rechtsextreme AfD selbst, die immer wieder über angeblich eingeschränkte Meinungsfreiheit klagt. Es ist wichtig zu verstehen, dass dies eine gezielte Strategie der Partei ist. Sie möchte, dass der Eindruck entsteht, die heftige Kritik an ihren rechtsextremen Positionen und Gerichtsverfahren gegen Demokratiefeinde in ihren Reihen seien eine »Einschränkung der Meinungsfreiheit«. So macht sich die Partei vor ihren Anhänger:innen immun gegen Kritik.

Gleichzeitig schränkt die Partei selbst Presse- und Meinungsfreiheit massiv ein, indem unliebsame und kritische Journalist:innen von Parteitagungen ausgeschlossen werden. Für populistische Parteien wie die AfD ist es wichtig, kritische Stimmen möglichst mundtot zu machen und allein zu bestimmen, wie über die Partei, ihre Mitglieder und ihre Aktivitäten berichtet wird. Die Verteidigung der Meinungsfreiheit, welche die AfD für ihre eigenen Zwecke populistisch kapern möchte, muss deswegen in erster Linie gegen rechtsextrem Verfassungsfeinde geführt werden.



**Deutsche
Medien
berichten laut
Studien oft
sogar mit
rechter
Neigung**

Vier von fünf Deutschen bewerten das Informationsangebot der Medien im Land als gut oder sehr gut, Öffentlich-Rechtlichen wird am meisten von allen vertraut.¹

Eine Analyse² zeigte, dass Medien überwiegend neutral über Parteien und Politiker:innen berichten. Die meiste Kritik erhielt die Regierung. Andere Studien kritisieren sogar, dass zu negativ über die Parteien berichtet wurde.³

Ein Forschungsbericht ergab, dass die Medien zum Ukrainekrieg differenziert, regierungskritisch und vielseitig berichtet haben.⁴

Eine Studie zeigte: Während der absolute Großteil der Geflüchteten friedlich und gesetzestreu ist und oft vor Terror und Gewalt flieht, brachten die Medien die Schutzsuchenden überproportional mit Terror und Kriminalität in Verbindung.^{5,6}

Das bedeutet: Straftaten interessieren Medien dann stärker, wenn Schutzsuchende die Tat begangen haben.

Öffentlich-rechtliche Medien berichten laut einer Studie zu wenig über den Klimawandel.⁷

Aber was behauptet die AfD?



»Das Zusammenrücken der Altparteien zu einem politischen Meinungskartell hat die linke Dominanz im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und in privaten Mainstream-Medien verfestigt.«
(AfD-Bundestagswahlprogramm 2021, S. 165)

»Die von vielen so genannte »Lügenpresse« hat sich ihren Namen nicht selten redlich verdient. An Stelle objektiver Berichterstattung propagiert sie eine fatale Willkommenskultur.« Björn Höcke, Thüringer AfD-Landesvorsitzender⁸

In Social Media wirft die AfD regelmäßig »den Medien« im Widerspruch zur Faktenlage Staatsnähe vor.

In Deutschland gibt es eine ausgewogene und breite Medienlandschaft, die viele Perspektiven abbildet, von links bis konservativ. Kritik an allen Parteien und auch an der Regierung gibt es nicht nur genug, Forschende beklagen sogar, dass zu viel negative Berichterstattung stattfindet, was rechte Vorurteile und Misstrauen schürt.

Insbesondere die Berichterstattung zu Geflüchteten ist extrem negativ und schürt Vorurteile. Was Misstrauen gegen Medien und Schutzsuchende angeht, haben viele Medien oft eine Verzerrung, die Rechtsextremen zu Gute kommt. Dennoch behaupten diese genau das Gegenteil - eben um Druck auszuüben, dass noch mehr in ihrem Sinne berichtet wird. Und um ihre Anhängerschaft zu überzeugen, nur noch ihre eigene Propagandamedien zu konsumieren, die wirklich gleichgeschaltet sind in ihrer rechtsextremen Ausrichtung.

Einige deutsche Medien geben diesem Druck immer mehr nach, indem sie in voreuseilendem Gehorsam gegenüber der AfD weniger über den Klimawandel berichten, als notwendig wäre. Sie hoffen dadurch, dem rechten »Lügenpresse«-Vorwurf zuvorzukommen. Doch dieser Vorwurf ist eben keine rationale, an Statistiken beweisbare Kritik, sondern Teil der AfD-Strategie, mit der die Partei die Dominanz im Diskurs übernehmen möchte.

Rechte Kommunikation und rhetorische Muster

Die extreme Rechte nutzt rhetorische Tricks, um ihre Ideologie zu verbreiten, zu mobilisieren und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Ihre Kommunikationsstrategie zielt darauf ab, Emotionen zu wecken, Identitäten zu formen und Andersdenkende abzuwerten.

Kalkulierte Provokation

Durch immer neue, gezielte Empörungswellen versucht die extreme Rechte mediale Aufmerksamkeit zu gewinnen und damit letztlich kostenlose Werbung. Es werden gezielt Botschaften verbreitet, von denen man sich erhofft, dass sie zu heftigen Reaktionen im öffentlichen Diskurs führen.

Sprachlicher Tabubruch

Häufig wird Provokation durch den bewussten Einsatz sprachlicher Tabus erreicht, indem gezielt historisch belastende Begriffe verwendet werden, insbesondere aus dem nationalsozialistischen Kontext. Diese Strategie dient dazu, die Grenzen des Sagbaren zu erweitern, bestimmte Begriffe neu zu definieren, Perspektiven zu verschieben und letztendlich den politischen Diskurs zu beeinflussen.

Täter-Opfer-Umkehr

Rechtsextreme verfolgen in ihrer Kommunikation oft die Strategie, sich selbst als das Opfer zu präsentieren. Damit wollen sie sowohl von eigenen Fehler ablenken als auch Andersdenkende als Feinde markieren. Sie nutzen dazu oft gezielte Provokation, um heftige Reaktionen der Gegenseite zu erzielen. Dann stilisieren sie sich als Opfer dieser Reaktionen.

De- und Rekontextualisierung

Themen werden aus ihrem ursprünglichen Kontext gelöst und durch die Verknüpfung mit anderen politischen, sozialen oder kulturellen Themen neu positioniert. Ein Beispiel hierfür sind Themen wie Migration, Klimaschutz oder Energiesicherheit.

Selbstverharmlosung

»Deutschland aber normal« - so lautet ein Slogan der AfD, welche rechtsextreme Rhetorik in die Parlamente trägt. Dabei wird der Begriff »normal« genutzt, um das radikale Programm der Partei zu verschleiern. Durch die Vereinnahmung des Begriffs »normal« versucht die AfD ihre extremistische Position als normal darzustellen, um sie zu normalisieren.¹

Tipps für eine konstruktive Diskussion über Politik

Eine respektvolle Gesprächskultur bildet das Fundament für eine gute Diskussion. Um dies zu ermöglichen und um zu vermeiden, dass sich Beteiligte angegriffen oder nicht respektiert fühlen und die Diskussion im Streit endet, gibt es ein paar nützliche Regeln.

Vieraugengespräch!

Um ein gutes Gespräch zu führen, ist es am besten, in einem ruhigen Vieraugengespräch zu beginnen. In Gruppen kann es schnell zu einem Streit kommen, wo es weniger darum geht, einander zu verstehen, sondern sich vor anderen zu behaupten. Außerdem sind die Tipps schwer umzusetzen. Wenn du in einer Gruppe reagieren möchtest, sag einfach, dass du anderer Meinung bist und das Gespräch später in Ruhe führen möchtest.¹

Die eigene Grundhaltung

Radikale Höflichkeit

Du musst dir nicht alles gefallen lassen, aber du solltest grundsätzlich immer respektvoll und höflich mit deinem Gegenüber sprechen.¹ Nimm dein Gegenüber als Mensch ernst und werte niemanden ab, nur weil die Person eine andere Meinung hat. Achte auf deine Emotionen und lasse dich von deinem Gegenüber nicht provozieren. Vermeide persönliche Angriffe und bleibe sachlich in deiner Argumentation.

Bleibe auf Augenhöhe

Rede mit deinem Gegenüber auf Augenhöhe, selbst wenn du verbal oder stellungsmäßig überlegen bist. Das eigene Ego zu stärken ist nicht Ziel des Gesprächs.² Fällt dir das bei deinem Gegenüber auf, sprich es an und mache darauf aufmerksam.

Zuhören und ausreden lassen

Beginne jedes Gespräch mit dem Ziel, die Perspektive deines Gesprächspartners zu verstehen und zeige ehrliches Interesse. Höre aktiv zu, ohne voreingenommene Annahmen zu machen, und stelle Fragen, wie es zu der Meinung des Gegenübers kommt.²

Empathie zeigen

Versetze dich in die Lage deines Gegenübers und versuche, seine Motivationen und Sorgen zu verstehen. Empathie kann helfen, Brücken zu bauen und gegenseitiges Verständnis zu fördern.² Außerdem kann ein Perspektivwechsel dabei helfen, die eigenen Argumente anzupassen.³

Erfahre mehr:



Volkserpeter-Artikel:
»Rechtsextremismus durch
Einsamkeit?«



Volkserpeter-Artikel:
»Studie zeigt, warum du Trolle
blocken solltest«

Diskussion und Argumentation

Dein Gegenüber verstehen

Während des Gesprächs solltest du herausfinden, ob dein Gegenüber durch Unsicherheit und Angst motiviert ist oder ob er/sie provokativ handelt. Passe deine Gesprächsstrategie entsprechend an. Bei Unsicherheit ist es ratsam, ein ausführliches Gespräch zu führen, Gemeinsamkeiten zu suchen und Kontroversen behutsam zu diskutieren. Vermeide Einschüchterung und versuche, Ängste mit überzeugenden Argumenten anzusprechen. Provokateur:innen neigen dazu, provokante Thesen zu äußern und schnell zwischen Themen zu wechseln, ohne auf Nachfragen einzugehen. Versuche, das Gespräch auf ein Thema zu fokussieren, oder spreche direkt an, dass ein inhaltliches Gespräch aufgrund des ständigen Themenwechsels schwierig ist.¹

Auf das Gegenüber eingehen

Gehe auf das Gesagte ein, zum Beispiel, welchen Teil der Aussage du nachvollziehen kannst. Gehe dann auf den Kritikpunkt ein und bringe im Anschluss dein Gegenargument. (Beispiel: »Ich hatte auch schon mal abends Angst auf dem Heimweg. Das ist unangenehm. Aber ich bringe meine Angst nicht mit Geflüchteten in Zusammenhang«, dann folgt das Argument.)¹

Fakten über Meinungen

Unterscheide zwischen Fakten und Meinungen. Respektiere andere Meinungen aber bestehe auf den Fakten! Basiere deine Argumente auf verifizierbaren Fakten und vermeide es, Meinungen als absolute Wahrheiten darzustellen. Frage auch dein Gegenüber, ob sein Gesagtes seine Meinung oder ein Fakt ist und frage nach Quellen. Ermutige zur kritischen Reflexion über Informationen, Quellen und bei Studien über mögliche Sponsoren.

Zentrale Fakten

Konzentriere dich bei deiner Argumentation auf die wichtigsten Fakten und benenne diese inhaltlich ausführlich, statt dein Gegenüber mit einer oberflächlichen Argumentationsflut zu überhäufen.³ Letzteres kann schnell überfordern und als Angriff wahrgenommen werden, wobei das Gegenüber die Gesprächsbereitschaft einstellen oder zu einer Trotzreaktion veranlasst werden könnte.

Sprachliche Achtsamkeit

Nutze eine bildhafte und anschauliche Sprache. Geschichten helfen, komplexe Zusammenhänge zu veranschaulichen. Außerdem ist es hilfreich, zu differenzieren und nicht zu pauschalisieren.³

Gegenargumente üben

Präge dir Fakten und Quellen gut ein, damit du sie im Gespräch abrufbereit hast. Wenn du dir selbst sicher bist und du über dein Gesagtes weniger Gedanken machen musst, kannst du dich mehr auf das Gespräch und dein Gegenüber konzentrieren.

Außerdem sorgt es für ein selbstsicheres und überzeugendes Auftreten.¹

Sei argumentativ offensiv

Sprich proaktiv an passender Stelle (soziale) Ängste an, die hinter vielen hetzerischen Aussagen liegen. Das kann helfen, den folgenden Argumenten deines Gegenübers den Wind aus den Segeln zu nehmen.³

Konstruktive Lösungen suchen

Anstatt nur Probleme zu benennen, hebe die Punkte hervor, in denen ihr euch einig seid. Wenn möglich, arbeitet gemeinsam an konstruktiven Lösungsansätzen. Suche nach Kompromissen und Alternativen, die die Bedürfnisse aller Beteiligten berücksichtigen. Appelliere an gemeinsame Werte und Überzeugungen!¹

Der Ausklang

Einhalten der Diskussionsregeln

Auch wenn es hitzig wird, bleib respektvoll und halte dich an die Gesprächsgrundlagen. Fordere diese auch bei deinem Gegenüber ein. Wenn du das Gefühl hast, es wird sich wiederholt oder sogar absichtlich nicht daran gehalten, kannst du das Gespräch mit dieser Begründung beenden. Solltest du respektlos behandelt werden, musst du das nicht aushalten.¹

Beachte die Beziehungsebene

Stehst du deinem Gegenüber nah oder seht ihr euch auch weiterhin regelmäßig, ist es sinnvoll, das Gespräch im Guten zu beenden und die Türen für zukünftige Gespräche weiterhin offen zu halten. Einigt euch zum Beispiel bei einem kleinen gemeinsamen Nenner oder erinnert euch an den Fakt, dass ihr unter anderem so hitzig diskutiert, weil ihr euch wichtig seid und euch die Zukunft wichtig ist. Bei engeren Beziehungen kann zum Abschluss noch betont werden, dass man sich gerne mag, auch wenn unterschiedliche Meinungen bestehen. Das unterstreicht, dass eure Beziehung einer ausgewachsenen Diskussion standhält und ermöglicht, politische Konflikte nicht auf die zwischenmenschliche Ebene zu übertragen.⁴

Abgrenzung und Abbruch des Gesprächs

Werden offensichtlich menschenfeindliche Aussagen getätigt oder zeigt sich das Gegenüber aggressiv, ist eine inhaltliche Diskussion nicht mehr möglich. Bewahre Haltung und lasse dich nicht zu ebenso aggressiven oder hasserfüllten Aussagen hinreisen. Formuliere klar deinen Widerspruch und zeige deinem Gegenüber, dass dessen Aussagen nicht tolerabel sind. Wenn nötig, solidarisiere dich mit den vom Gegenüber abgewerteten Menschen. Je nach Aussage und deren Intensität kannst du auch auf das Grundgesetz sowie auf strafbare Volksverhetzung hinweisen, beispielsweise bei Leugnung des Holocausts.¹

Bedenke auch: Die Demokratie hängt nicht an dir allein und an einem Gespräch. Wenn Grenzen überschritten werden, musst du dich nicht für das »große Gut« aufopfern. Diese Diskussionen sind wichtig, doch sie sind niemals wichtiger als deine mentale Gesundheit.

Was kann ich (sonst noch) für die Stärkung der Demokratie und gegen rechte Hetze tun?



Zur Karte der zivilgesellschaftliche
Organisationen in Ostdeutschland

Diese Broschüre ist vor allem für Alltagssituationen gedacht. Für die anstrengenden Gespräche auf Geburtstagen, Weihnachtsfeiern oder in der Schule, wo schnell faktenbasierte Argumente gegen Rechtsextremismus benötigt werden. Doch damit allein ist die Demokratie noch nicht gerettet. Demokratiefeindliche Bestrebungen zu bekämpfen ist kein Sprint, sondern ein Marathon.

Doch was kann man noch tun, außer Fakten und Wissenschaft in die Debatte einzuwerfen? Zuerst einmal: **Wählen gehen**. Ehrlich, auch wenn es unspektakulär und durchgekaut klingt: **Wahlen sind die wichtigste Institution der Demokratie**. Solange man eine demokratische Partei wählt, ist jede Wahl besser, als zu Hause zu bleiben. Doch falls euch das nicht reicht, gibt es viele weitere Möglichkeiten sich zu organisieren. Wenn ihr eine demokratische Partei findet, mit der ihr euch identifiziert, dann tretet ihr bei und unterstützt sie! Demokratische Parteien funktionieren nur dank ihrer Mitglieder.

Aber auch wenn ihr von den Parteien und der Politik generell enttäuscht seid, aber etwas verändern wollt, gibt es Möglichkeiten. Es wird oft unterschätzt, wie viele **zivilgesellschaftliche Organisationen** existieren - auch und **gerade in Ostdeutschland!** Unsere Partner vom **Volksverpetzer** haben hier **interaktive Karten** für euch gebastelt, mit denen ihr checken könnt, welche Orgas in eurer Nähe aktiv sind.

Ihr seid schon aktiv aber findet euch nicht auf der Karte? Dann schickt eine **Mail an redaktion@volksverpetzer.de**!

Danke <3

**Vielen Dank
für eure
Unterstützung**

Die Broschüre ist ein Initiativ-Projekt des **Grafikdesignstudios two do studio** aus Leipzig. Die Inhalte dieser Info-Broschüre sind das Ergebnis einer Zusammenarbeit mit verschiedenen Unterstützer:innen der Demokratie.

Die Fakten von Seite 08 bis Seite 44 wurden von **Thomas** und **Frederik** vom **Anti-Fake-News-Blog »Volksverpetzer«** recherchiert und die Texte von ihnen verfasst. Vielen Dank für den Austausch mit euch, euer Engagement, eure Expertise und eure tolle Arbeit. Der Volksverpetzer ermöglicht auch die kostenlose Bereitstellung der Printausgaben. Die Kosten für den Druck sind damit zu 100% crowdfinanziert.

Vielen Dank auch an die fleißigen Unterstützer:innen der ersten Stunde, die mit uns einen ersten Entwurf der Idee ausgearbeitet haben: **Babsi, Claudi, Dana, Lena, Leo, Liesa, Lisa, Nasti, Philip, Philipp, Sarah, Steph und Tim!**

Hinweis:

Die Inhalte und die Infos dürfen frei verbreitet, kopiert und gedruckt werden. Spread the word! Änderungen sind allerdings nicht gestattet.



Die Broschüre zum Download findet ihr über diesen QR Code. Dort könnt ihr auch alle Quellen anklicken.

Quellen

01 – Politik für Reiche

- 1) <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-BT-DE/umfrage-aktuellethemen.shtml>
- 2) <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Wie-steht-die-AfD-zu-Buergergeld-Mindestlohn-und-Jobcenter,afd3144.html>
- 3) <https://www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-mindestloohner-hohung-auf-12-euro-daten-fur-alle-staedte-und-landkreise-43618.htm>
- 4) <https://www.verdi.de/themen/arbeit/++co++d4ff4502-5cd5-11ec-9ee8-001a4a16012a>
- 5) <https://web.archive.org/web/20230722021500/https://afdbundestag.de/juergen-pohl-spd-forderungen-beim-mindestlohn-zeugen-von-fortgeschrittenem-realtaetsverlust/>
- 6) https://www.zew.de/fileadmin/FTP/ZEWKurzexpertisen/ZEW_Kurzexpertise2105.pdf
- 7) https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.879721.de/diw_aktuell_88.pdf
- 8) <https://www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-selbststaendige-gut-ein-drittel-hat-in-der-corona-krise-einkommen-verloren-35559.htm>
- 9) <https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=596>
- 10) <https://www.merkur.de/wirtschaft/paritaetischer-wohlfahrtsverband-buergergeld-hartz-iv-4-hoehe-regelsatz-inflation-91910115.html>
- 11) <https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=810>
- 12) <https://dserver.bundestag.de/btd/20/063/2006388.pdf>
- 13) <https://www.steuern.de/soli-abschaffung>
- 14) <https://web.archive.org/web/20240627171653/https://afdbundestag.de/kay-gottschalk-nicht-an-ueberholten-steuermechanismen-festhalten/>
- 15) <https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=707>
- 16) <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Wie-steht-die-AfD-zu-Buergergeld-Mindestlohn-und-Jobcenter,afd3144.html>
- 17) <https://www.sparkasse.de/pk/ratgeber/familie/erben-und-vererben/schenkungssteuer.html>

02 – Frauenrolle

- 1) <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Bevoelkerung-Arbeit-Soziales/Arbeitsmarkt/Wochenarbeitszeiten.html>
- 2) <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gender-care-gap/indikator-fuer-die-gleichstellung/gender-care-gap-ein-indikator-fuer-die-gleichstellung-137294>

- 3) https://www.bib.bund.de/Publikation/2020/pdf/Does-Public-Childcare-boost-Female-Labor-Force-Participation.pdf?__blob=publicationFile&v=2
- 4) <https://www.gwi-boell.de/de/2017/07/24/abtreibung-ist-mord-frauen-rechte-duerfen-nicht-ueber-das-werdende-leben-gestellt-werden>
- 5) <https://www.theguardian.com/global-development/2022/may/07/killed-by-abortion-laws-five-women-whose-stories-we-must-never-forget>
- 6) <https://verfassungsblog.de/enshrining-abortion-rights-in-the-french-constitution/>
- 7) <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/abtreibung-eu-grundrecht-100.html>
- 8) https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/Lagebilder/HaeuslicheGewalt/haeuslicheGewalt_node.html
- 9) <https://www.tagesschau.de/ausland/morde-frauen-un-100.html>
- 10) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/318160/umfrage/alleinerziehende-in-deutschland-nach-geschlecht/>
- 11) <https://web.archive.org/web/20240615143701/https://www.afd.de/familie-bevoelkerung/>
- 12) <https://www.abgeordnetenwatch.de/eu/9/abstimmungen/bekaempfung-von-gewalt-gegen-frauen?combine=&constituency=All&fraction=252>
- 13) <https://www.abgeordnetenwatch.de/eu/9/abstimmungen/aufnahme-des-rechts-auf-abtreibung-in-die-eu-grundrechtecharta?constituency=All&fraction=252>

03 – Sozialsystem

- 1) <https://doku.iab.de/kurzber/2024/kb2024-10.pdf>
- 2) <https://www.rkw-kompetenzzentrum.de/publikationen/studie/global-entrepreneurship-monitor-2022-2023/>
- 3) <https://www.bib.bund.de/DE/Presse/Mitteilungen/2024/2024-02-14-Potenziale-und-Herausforderungen-Vielfalt-der-Bevoelkerung-mit-Migrationshintergrund-in-Deutschland.html>
- 4) https://www.diw.de/de/diw_01.c.886519.de/gefluechtete_in_deutschland_immer_haeufiger_erwerbstaetig_____auch_als_fachkraefte.html
- 5) <https://www.ifo.de/publikationen/2015/aufsatz-zeitschrift/einwanderungsland-deutschland-wie-migration-den>
- 6) <https://web.archive.org/web/20210521185113/https://www.afd.de/sozialkonzept/>
- 7) <https://correctiv.org/faktencheck/2023/04/18/afd-politker-verbreitet-irrefuehrende-behauptungen-ueber-rentenhoehe-und-kosten-fuer-gefluechtete/>
- 8) <https://web.archive.org/web/20230207205315/https://afdbundestag.de/eckpunktepapier-alterssicherung/>
- 9) <https://nrw.dgb.de/++co++d208b454-f702-11ee-ac9f-b10468e9cde2#:~:text=Am%20sinkenden%20Rentenniveau%20will%20die,sinkendes%20Rentenniveau%20bezahlen%20die%20Beschaeftigten>

- 10) <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-02/demographische-entwicklung-deutschland-migrationshintergrund-einkommen-bildung>
- 11) https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Bonin_Beitrag_Zuwanderung_zum_dt_Staatshaushalt_141204_nm.pdf

04 – Vorteile der EU

- 1) https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/IW-Trends/PDF/2024/IW-Trends_2024-02-06_Bardt_et_al.pdf
- 2) https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/_inhalt.html
- 3) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37013/umfrage/ranking-der-top-20-exportlaender-weltweit/>
- 4) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/226630/umfrage/anteil-des-eu-handels-am-deutschen-exporthandel/>
- 5) <https://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/afd-dexit-wuerde-laut-oekonomen-2-2-millionen-arbeitsplaetze-kosten-a-60ba-7da1-48d6-4e8e-9e03-566711ffe64a>
- 6) https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BST/Publikationen/GrauePublikationen/EZ_Study_SingleMarket.pdf
- 7) <https://www.fr.de/wirtschaft/wuerde-euro-ausstieg-kosten-11342639.html>
- 8) https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2024/IW-Kurzbericht_2024-Unternehmensbefragung-Risiken-AfD.pdf
- 9) <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-01/afd-alice-weidel-eu-austritt-brexit>

05 – Sicherheit

- 1) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/197/umfrage/straftaten-in-deutschland-seit-1997/>
- 2) <https://www.zeit.de/gesellschaft/2024-04/kriminalstatistik-polizei-auslaendische-taeter-straftaten>
- 3) <https://www.rnd.de/politik/kriminalitaetsstatistik-im-faktencheck-ist-deutschland-durch-die-zuwanderung-unsicherer-geworden-NW2FJKPMY5H3DBKTPSQXPGYGXE.html>
- 4) <https://web.archive.org/web/20220713202616/https://afdbundestag.de/stephan-brandner-auslaenderkriminalitaet-nimmt-immer-mehr-zu/>
- 5) <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/afd-alice-weidel-straftat-mord-vergewaltigung-kriminalitaet-100.html>
- 6) <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.polizeistatistik-aus-oesterreich-wo-die-deutschen-die-kriminellen-auslaender-sind.83dc2b17-cb94-4608-8e49-3bc4ef55c5e2.html>
- 7) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/975823/umfrage/ermittelte-tatverdaechtige-in-oesterreich-nach-staatsangehoerigkeiten/>

- 8) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1003809/umfrage/deutsche-in-oesterreich/>
- 9) https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2024/Presse2024/240521_PM_Fallzahlen_PMK2023.html
- 10) <https://www.dw.com/de/recherche-afd-schickt-gewalt-und-straftaeter-in-parlamente/a-68786293>

06 – Rechtsextremismus

- 1) https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2024/Presse2024/240521_PM_Fallzahlen_PMK2023.html
- 2) https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/allgemein/2024-05-lagebild-antisemitismus.pdf?__blob=publicationFile&v=3
- 3) <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/rassismus/todesopfer-rechter-gewalt/>
- 4) <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>
- 5) <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/gesellschaftlicher-zusammenhalt/staat-und-religion/islam-in-deutschland/islam-in-deutschland-node.html>
- 6) <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/grundsteinlegung-in-erfurt-fuer-umstrittene-moschee-15889054.html>
- 7) <https://mediendienst-integration.de/artikel/die-afd-im-bundestag-was-bedeutet-das-fuer-muslime.html>
- 8) <https://www.fr.de/politik/afd-maximilian-krah-parteitag-europawahlen-bjoern-hoecke-magdeburg-portraet-92434879.html>
- 9) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/4763/umfrage/entwicklung-des-islamismus-in-deutschland-seit-2005/>
- 10) <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2019/juli/religioese-toleranz-weit-verbreitet-aber-der-islam-wird-nicht-einbezogen>
- 11) <https://www.belltower.news/rechte-praxis-und-strategiedebatten-multikulti-von-rechts-148487/>

07 – Klimawandel

- 1) <https://www.mdr.de/wissen/umwelt-klima/waermste-zwoelf-monate-weltweit-waermster-meteorologischer-fruehling-deutschland-100.html>
- 2) https://www.dwd.de/DE/presse/pressemitteilungen/DE/2021/20210824_attributionsstudie_starkregen.pdf;jsessionid=4712C73F727F33680EFA4CA85429712C.live11044?__blob=publicationFile&v=4
- 3) <https://www.ardalpha.de/wissen/umwelt/klima/wetter-meteorologie-hitze-starkregen-extremwetter-klimawandel-100.html>
- 4) <https://iopscience.iop.org/article/10.1088/1748-9326/aca6fe>
- 5) <https://www.nature.com/articles/s41558-020-0898-6>

- 6) <https://papers.gws-os.com/gws-researchreport22-2.pdf>
- 7) <https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/0003122410388488>
- 8) https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-319-65058-6_2
- 9) <https://iopscience.iop.org/article/10.1088/1748-9326/ac2966>
- 10) <https://www.nature.com/articles/s41467-024-47676-9>
- 11) <https://cp.copernicus.org/preprints/cp-2020-29/cp-2020-29.pdf>

08 – Inklusion

- 1) <https://encyclopedia.ushmm.org/content/de/article/euthanasia-program>
- 2) <https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/Euthanasie-Programm-Die-Rassenhygiene-der-Nationalsozialisten,euthanasie100.html>
- 3) <https://taz.de/Rechter-Angriff-in-Moenchengladbach!/6013997/>
- 4) <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/frauen-vor-gewalt-schuetzen/frauen-mit-behinderungen-schuetzen/gewalt-gegen-frauen-mit-behinderungen-80650>
- 5) <https://dceg.cancer.gov/about/diversity-inclusion/inclusivity-minute/2021/curb-cut-effect>
- 6) <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/inklusive-bildung-zwischen-licht-und-schatten>
- 7) <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/148/1914807.pdf>
- 8) <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/014/1901444.pdf>
- 9) <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/inklusion-bildung-fachkraefte-behinderung-afd-hoecke-100.html>
- 10) <https://taz.de/Debatte-um-Hoecke-Aussage!/5949598/>
- 11) <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/das-institut/monitoring-stelle-un-brk/die-un-brk>

09 – Meinungsfreiheit

- 1) https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2023/230510-Nahaufnahme_2023_korrigiert.pdf
- 2) <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/nahaufnahme/2024>
- 3) <https://www.ecpmf.eu/feindbild-journalistin-8-angst-vor-der-selbstzensur/>
- 4) <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/afd-monitor-parteitagerfurt-gericht-verhandlung-100.html>
- 5) <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/afd-monitor-parteitagerfurt-gericht-verhandlung-100.html>
- 6) <https://taz.de/AfD-schliesst-Medien-aus!/5514596/>
- 7) <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-in-nrw-schliesst-journalisten-von-parteitag-aus-a-1099364.html>
- 8) <https://www.flurfunk-dresden.de/2017/01/29/sachsens-afd-und-die-pressefreiheit/>
- 9) <https://www.br.de/nachrichten/bayern/in-eigener-sache-afd-angriff-auf-kritische-berichterstattung,U2B3uGc>

- 10) <https://netzpolitik.org/2024/einschuechterungsversuche-durch-die-afd-solidaritaet-mit-correctiv/>

10 – Medienvielfalt

- 1) <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/vertrauen-glaubwu-erdigkeit-medien-100.html>
- 2) <https://www.volksverpetzer.de/faktencheck/ard-zdf-neutral-kritisieren-regierung/>
- 3) https://www.polkom.ifp.uni-mainz.de/files/2024/01/pm_perspektiven-vielfalt.pdf
- 4) https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/2022_Ukraine_Zwischenbericht.pdf
- 5) <https://www.stiftung-mercator.de/de/publikationen/fuenf-jahre-medienberichterstattung-ueber-flucht-und-migration/>
- 6) https://migrant-integration.ec.europa.eu/library-document/die-un-sichtbaren-berichterstattung-ueber-eingewanderte-und-gefluechte-te_de
- 7) https://www.ard-media.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2022/2212_Tschoetschel_Schumann_Roloff_Brueggemann_.pdf
- 8) https://web.archive.org/web/20200925044155/https://www.youtube.com/watch?v=0dM_cgMJT88

Einordnung rechter Kommunikation

- 1) <https://www.deutschlandfunk.de/kommunikationsstrategien-rhetorik-afd-neue-rechte-100.html>

Gesprächsgrundlagen

- 1) <https://www.spiegel.de/karriere/wie-sie-rechtspopulistische-phrasen-kontern-a-1285071.html>
- 2) https://praxistipps.focus.de/diskussion-regeln-fuer-eine-gute-debatte_116766
- 3) E-Paper: Friedriche Ebert Stiftung und MuP: Praxisbericht 2016 Rechtspopulismus durchschauen und Paroli bieten!
- 4) <https://www.jetzt.de/gutes-leben/wie-man-politische-diskussionen-mit-der-familie-fuehrt>



VOLKSVERPETZER

two do design
studio

Ein Kooperationsprojekt von
two do Design Studio & Volksverpetzer
www.twodo.studio
6. Auflage. © 2024

mit freundlicher Unterstützung von

sedruck